

## **A. Anträge der SPD- Fraktion im Haller Gemeinderat**

### ***I. Bereich Bildung und Betreuung***

#### **Antrag 1: Einstellung einer Planungsrate in Höhe von 100.000€ zur Errichtung einer Ganztagsgrundschule**

Begründung: Thema wurde von uns ausführlich im Rahmen der Beratungen des Nachtragshaushalts dargestellt und von allen Fraktionen reihum befürwortet (Stichwort Vereinbarkeit von Familie und Beruf). In der neuen Vereinbarung zwischen der Landesregierung und den Kommunalen Landesverbänden über Bildung und Betreuung im vorschulischen und im schulischen Bereich wird der „flächendeckende bedarfsgerechte Ausbau von Ganztagschulen“ als gemeinsames Ziel angestrebt. Im Schulhausbauförderprogramm „Chancen durch Bildung- Investitionsoffensive Ganztagschule“ werden für die nächsten 9 Jahre rund 1 Milliarde Euro aufgelegt. Nachdem es in Hall im Bereich der weiterführenden Schulen mittlerweile in Ost und West Ganztagsbetreuungsangebote gibt, natürlich auch der Kindergartenbereich diesem Anspruch schon lange genügt, darf der Primarbereich nicht länger vernachlässigt werden. Konkrete Vorschläge der SPD- Fraktion gab es bereits.

In diesem Zusammenhang wurde zugesagt, mit den in Frage kommenden Schulen bis zum Herbst Gespräche zu führen. Ein Bericht über die Ergebnisse steht längst aus und wird von uns hiermit angemahnt.

#### **Antrag 2: Erhalt der Grundschule Gailenkirchen , Mehrkosten ca. 31.000€**

Begründung: Die GS Gailenkirchen kann im Schuljahr 2007/08 mit kombinierten Klassen weitergeführt werden. Eine Nutzung der übrigen Klassenräume durch andere (z.B. durch Kindergarten, Ortschaftsverwaltung) ist durchaus denkbar. Wir wollen die wohnortnahe GS. Eine Schließung ist ein falsches familien- und bildungspolitisches Signal, auch im Hinblick auf die angestrebte positive Bevölkerungsentwicklung.

#### **Antrag 3: Erhalt der Schulbibliotheken im Schulzentrum West und der Schulbibliothek der Haupt- und Realschule Schenkensee, verursachte Kosten in Höhe von ca. 40.000€**

Begründung: Ehrenamtliche Betreuung und Schulsponsoring ist bei den genannten Bibliotheken nicht möglich. Dies wurde durch die Ausführungen der betreffenden Schulleitungen im HT sehr deutlich. Es gibt im Rahmen des Unterrichts in Gruppen und Projekten eine rege Nutzung durch Schüler, eine professionelle Beratung bei Verleih und Internetrecherchen ist unabdingbar, eine Aufsicht alleine genügt nicht. Auch hier würde sich eine Angebotsverminderung oder gar Schließung als bildungspolitisch kontraproduktiv erweisen.

**Antrag 4: Beibehaltung der Zuschüsse in 07 bei Hausaufgabenbetreuung/ Schülerhilfe und Förderverein Friedensbergschule (Schülerhort), Mehrkosten 10.500€**

Begründung: Eine Reduzierung der Zuschüsse im Bereich benachteiligter Kinder birgt die Gefahr einer Reduzierung der Personalkosten und damit der Betreuungszeit in sich. Die SPD würde eher den weiteren Ausbau in diesem Bereich der Betreuung befürworten, beschränkt sich aber angesichts der Finanzsituation zumindest auf den Erhalt des Status quo.

Die Mittel zur Deckung der Mehrkosten von **181.500€** werden der **Rücklage** entnommen.

## **II. Bereich Schulzentrum West**

**Antrag 5: Einstellung eines Planansatzes von 100.000 EUR in 2006 als Planungsrate und von 900.000 EUR in 2007 für die Durchführung einer umfassenden Sanierung des Schulzentrums West.**

Begründung:

Das Schulzentrum West ist nunmehr 30 Jahre alt und in einem schlechten Zustand. Das Dach ist teilweise undicht, das Heizungssystem veraltet und teilweise nicht mehr funktionsfähig, die Rollos sind teilweise kaputt, die Bodenbeläge total abgenutzt. Es ist nunmehr höchste Zeit, die jahrelang aufgeschobenen Reparatur- und Sanierungsmaßnahmen jetzt endlich anzupacken.

## **III. Bereich Energiesparmaßnahmen**

**Antrag 6: Einstellung eines Planansatzes von 500 000€ für Wärmedämmungsmaßnahmen in städtischen Gebäuden**

Begründung: Nach dem jüngsten Energiebericht der Verwaltung ist deutlich erkennbar, dass in vielen Immobilien der Stadt durch die sehr schlechte Wärmedämmung erhebliche Energieverluste entstehen. Aufgrund der gestiegenen Energiepreise mussten die Haushaltsansätze für die Bewirtschaftungskosten stark erhöht werden. Schon in naher Zukunft wird außerdem der Energieverbrauch in Gebäuden kennzeichnungspflichtig. Nicht nur weil wir als Mitglied im Klimabündnis dazu aufgerufen sind, sondern vor allem aus ökonomischen Gründen, können wir uns die Verschwendung von Energie in diesem Ausmaß nicht mehr leisten. Wir beantragen deshalb die Einstellung einer Investitionsrate für Wärmedämmungsmaßnahmen im städtischen Haushalt. Die Mittel dafür sollen aus der Rücklage entnommen werden.. Um die Objekte mit der größten Effizienz bei der

Einsparung herauszufinden, halten wir die Einschaltung eines Bauphysikers bei der Datenerhebung für sinnvoll.

## B. Anregungen

Seit Jahren gibt es zahlreiche Klagen über die Mängel des in die Verantwortung des Landkreises übergegangenen Abfallwirtschaftssystems.

Thema Gelber Sack:

Der gelbe Sack ist jedenfalls im Bereich der Innenstadt ein Dauer-Ärgernis. Tagelang vor der Abfuhr sieht man überall mehr oder weniger große Berge mit Gelben Säcken. Nach der Abfuhr bleiben regelmäßig „falsch befüllte „ Säcke mit einem roten Aufkleber zurück, der bedeutet „Abfuhr verweigert“, die ebenfalls tagelang liegenbleiben. Beschwerden der Anwohner werden vom Abfallwirtschaftsamt „beantwortet“ mit dem Hinweis „Sache der Stadt“ oder auch „Wenden Sie sich an die Abfuhrfirma“, d.h. die Verantwortung wird in absolut unzulässiger Weise abgewälzt. Die Stadt ist deshalb schon seit etlicher Zeit dazu übergegangen, diese Säcke durch den Werkhof abfahren zu lassen, geschätzte Kosten ca. 12.000 EUR jährlich.

Thema nicht geleerte Mülltonnen:

Es kommt nicht sehr selten vor, daß randvolle Mülltonnen nicht geleert werden, weil sie „falsch befüllt“ oder nicht mit den vorgeschriebenen Banderolen oder Jahresmarken versehen sind. Im Bereich des Haalplatzes hat diese Praxis bereits zu einer Rattenplage geführt. Wenn sich die Betroffenen beim Abfallwirtschaftsamt beschweren, lautet die Auskunft wiederum „Sache der Stadt“. Auch hier ist der Werkhof schon auf Kosten der Stadt tätig geworden, weil das Abfallwirtschaftsamt nicht bereit ist, seiner Verantwortung gerecht zu werden.

Thema vermüllte Containerplätze:

Leider gibt es immer wieder Leute, die ihren Restmüll an den Container-Plätzen für Papier und Glas abladen bzw. Papier, wenn d.Container überfüllt ist, danebenstellen. Dies wird immer so sein, weil diese Leute nicht aussterben. Die Reaktion des Abfallwirtschaftsamts ist die, die Papiercontainer abzubauen bzw. damit zu drohen, wobei die 90% Bürger bestraft werden, die sich an die Ordnung halten.

Dies kann so nicht hingenommen werden und ist Ausdruck der generell „bürgerunfreundlichen“ Haltung des Abfallwirtschaftsamts.

Um all diese Mißstände ein für allemal in den Griff zu bekommen, wird **angeregt**, den Werkhof im Wege der **Ersatzvornahme** mit der Durchführung der notwendigen Maßnahmen zu beauftragen, und zwar gegen **Inrechnungstellung** der entstehenden Kosten nach den üblichen Stundensätzen an das Landratsamt.

## C. Anfragen

1.

Die Kosten der „Ostumfahrung“ in Millionenhöhe (nach Abzug der eingehenden GVG-Mittel) werden von der Stadt übernommen, der Landkreis beteiligt sich nur mit 255.000 EUR. Dies, obwohl es sich um eine Kreisstraße handelt. Hat die Verwaltung dafür Sorge getragen, daß wenigstens die spätere Unterhaltungslast zulasten des Landkreises geht?

2.

Die Verwaltung geht bei einer Schließung des HFM an einem weiteren Werktag, dem Dienstag, von einem Einspareffekt in Höhe von 20.000 EUR aus. Ist dieser Betrag realistisch?

3.

Beim Durchwandererübernachtungsheim und bei den Asylanten waren 2004/2005 an Erstattungen für Ausgaben des VerwHH von Gemeinden und Gemeindeverbänden noch 12.208 bzw. 24.000 EUR verbucht, vgl.S.324. Warum sind diese Einnahmen 06/07 komplett weggefallen.

## D. Streichung von Zuschüssen

**Antrag 7: Zuschuss für die Miete beim Architektenhaus streichen  
Einsparung 4735€**

Begründung: Auf eine städtische Förderung kann in diesem Fall verzichtet werden.